

FRÄNKISCHE NACHRICHTEN



STREITFALL VIDEOBEWEIS
Fanforscher Harald Lange fordert
Abschaffung des VAR ▶ Sport

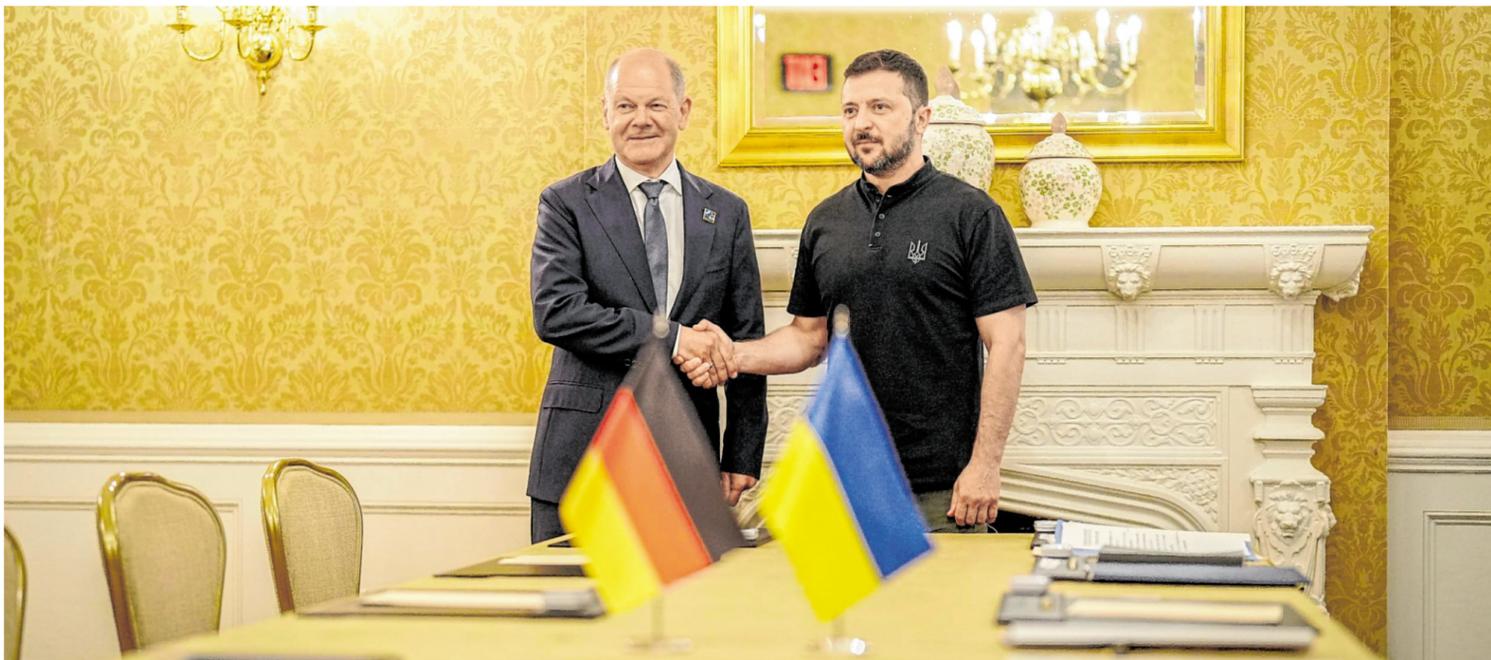
TAUBERBISCHOFSHAIM

POLIZEIREVIER TAUBERBISCHOFSHAIM
Leiter Burkhard von der Groeben wechselt zum
1. September ins Präsidium nach Heilbronn ▶ Lokales

DONNERSTAG 11. JULI 2024 · NR. 158

FNWEB.DE

B 2917 · Preis: 3,00 €



Bundeskanzler Olaf Scholz (l., SPD) trifft am Rande des Nato-Gipfels Volodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine, zu einem bilateralen Gespräch.

BILD: KAY NIETFIELD/DPA

Nato macht Ukraine weitere Zusagen

Verteidigung: Bündnis-Staaten sichern Kiew mehr Hilfe zu und bringen die versprochenen Kampfflugzeuge auf den Weg. Der Weg zur Mitgliedschaft sei zudem „irreversibel“

Washington. Nato-Staaten machen jetzt Tempo bei der Ausrüstung der Ukraine mit westlichen Kampfflugzeugen: Der Transfer von F-16-Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark am Dienstag in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington an. Damit könnten die Maschinen noch diesem Sommer zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Das Bündnis sichert der von Russland angegriffenen Ukraine zudem zu, dass sie auf ihrem Weg in das Verteidigungsbündnis nicht mehr aufgehalten werden kann. In dem Text für die Abschlusserklärung des Spitzentreffens wird der Pfad zur Mitgliedschaft als „irreversibel“ bezeichnet, wie die Deutsche Presse-

Agentur nach Abschluss der Verhandlungen über das Dokument erfuhr.

In dem Text wird noch einmal betont, dass eine formelle Einladung zum Beitritt erst ausgesprochen werden kann, wenn alle Alliierten zustimmen und alle Aufnahmebedingungen erfüllt sind. Dazu zählen Reformen im Bereich der Demokratie und Wirtschaft sowie des Sicherheitssektors.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) stellte der Ukraine unterdessen weitere Hilfe in Aussicht und bezeichnete die bisherige Unterstützung für das Land mit Luftverteidigungssystemen als „großen Schritt“. „Aus meiner Sicht ist dieser Prozess nicht abgeschlossen“, sagte Scholz vor einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Volodymyr Selenskyj.

Der Text für die Abschlusserklärung ist ein Kompromiss, der die unterschiedlichen Positionen im Bündnis zum Nato-Beitrittsprozess abbildet. Die Nato-Perspektive für die Ukraine ist innerhalb der Allianz seit langem ein Streitthema. So lehnen es Länder wie Deutschland und die USA ab, in der derzeitigen Situation eine formelle Einladung zum Beitritt auszusprechen. Grund ist vor allem die Sorge, dass ein solcher Schritt zu einer weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges führen könnte.

Beitritt schon 2008 vereinbart – allerdings ohne Zeitplan

Auf der anderen Seite stehen etliche andere Alliierte, die argumentieren, dass Russland klar und deutlich gezeigt werden sollte, dass es einen Nato-Beitritt der Ukraine nicht wird

verhindern können. In dieser Logik besteht die Hoffnung, dass eine Einladung der Ukraine in die Nato sogar zu einem schnelleren Ende des Krieges führen könnte.

Die deutsch-amerikanische Position ist für die Ukraine vor allem deswegen problematisch, weil sie für Moskau ein Argument gegen die Aufnahme von Verhandlungen sein könnte. Eines der erklärten Kriegsziele von Kremlchef Putin ist die Verhinderung eines Nato-Beitritts des Nachbarstaates.

Eine Grundsatzeinigung zur Aufnahme der Ukraine hatten die Nato-Staaten eigentlich bereits im Jahr 2008 getroffen. Damals war bei einem Gipfeltreffen in Bukarest vereinbart worden, dass die Ukraine ein Mitglied der Nato wird – allerdings ohne jeden Zeitplan.

In dem Text für die Abschlusserklärung wird der Ukraine zudem zugesichert, dass sie auch innerhalb des nächsten Jahres wieder Militärhilfen im Wert von mindestens 40 Milliarden Euro erhält. Das ist der Betrag, der auch in den vergangenen Jahren mobilisiert wurde.

Die Zusage bleibt deutlich hinter dem zurück, was der scheidende Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ursprünglich gefordert hatte. Stoltenberg wollte, dass es eine Mehrjahreszusage gibt, um Russlands Präsidenten Wladimir Putin zu zeigen, dass er nicht auf nachlassendes Engagement des Westens setzen kann. Unter anderem die USA wollten sich jedoch nicht langfristig verpflichten. *dpa*

▶ Bericht Politik

Bildung im Fokus

BaWü-Check: Allensbach befragt Bevölkerung und Eltern

Stuttgart. Wo sehen Bürger und Eltern, deren Kinder noch zur Schule gehen, die größten Probleme im baden-württembergischen Bildungssystem? Laut dem aktuellen BaWü-Check, der regelmäßigen Umfrage der Tageszeitungen im Land, bewerten die Befragten vor allem den Lehrermangel kritisch. Als problematisch werden auch die zunehmende Gewalt sowie mangelnde Deutschkenntnisse vieler Schüler gesehen. 47 Prozent der Gesamtbevölkerung und 53 Prozent der Eltern honorieren die Arbeit der Schulen im Land dennoch als gut oder sehr gut. Auch die Lehrer werden gut bewertet, allerdings trauen ihnen nur zehn bis 15 Prozent die Vermittlung ausreichender Medienkompetenz zu. *dir*

▶ Bericht Südwest

Fluchtaufruf für Stadt Gaza

Krieg: Israels Armee fordert alle Einwohner auf, die Stadt zu verlassen

Gaza. Die israelische Armee ruft alle Anwohner der Stadt Gaza zur Flucht auf. Die Menschen sollen sich aus der Stadt im Norden des umkämpften Küstengebiets in die im Zentrum gelegenen Orte Deir al-Balah und Al-Sawaida begeben, hieß es in dem Aufruf, den ein israelischer Militärsprecher in arabischer Sprache veröffentlichte. Er beschrieb auch Routen, die die Betroffenen ohne Kontrollpunkte nutzen können.

Die Fluchtaufrufe sind in der Regel ein Anzeichen für bevorstehende neue israelische Militäreinsätze. Israelische Medien sowie Anwohner berichteten, die Armee habe am Morgen Flugblätter in der Stadt verteilt und die Menschen darin zum Verlassen der Stadt aufgefordert. Anwohner berichteten, dass sich ein Großteil der Betroffenen weigere, die Gebiete zu verlassen.

Das Militär hat in den vergangenen Wochen bereits die Bewohner



Zerstörte Wohngebäude in Gaza-Stadt.

BILD: MAHMOUD ZAKI/XINHUA/DPA

mehrere Viertel der Stadt Gaza zur Flucht aufgefordert. Der jetzige Fluchtaufruf gilt für die gesamte Stadt. In der Stadt Gaza hatten die israelischen Truppen bereits zu Beginn des Krieges gekämpft. Inzwi-

schens versuchen die Kämpfer der islamistischen Hamas, sich dort und andernorts neu zu gruppieren. Die Stadt ist von den massiven Verwüstungen in dem Krieg mit am schwersten betroffen. *dpa* (BILD: DPA)

Pflege im Heim teurer

Gesundheit: Selbst zu zahlende Anteile weiter gestiegen

Berlin. Die Pflege im Heim wird teurer und teurer. Selbst zu zahlende Anteile für Pflegebedürftige sind trotz gerade verstärkter Kostenbremsen weiter gestiegen, wie eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen ergab. Mit Stand vom 1. Juli waren im ersten Jahr im Heim im bundesweiten Schnitt 2871 Euro pro Monat aus eigener Tasche fällig – das waren 211 Euro mehr als Mitte 2023.

Die Belastungen nehmen damit auch mit erhöhten Entlastungszuschlägen zu, die sich nach der Dauer des Heimaufenthalts richten. Forderungen nach weiteren Erleichterungen in einer Pflegereform noch vor der Bundestagswahl 2025 werden deswegen lauter. *dpa*

▶ Bericht Politik

Neuer Name für „Baskets“

Basketball: Fitnesskette fungiert als Sponsor

Würzburg. Die Würzburger Bundesliga-Basketballer haben nach zweijähriger Suche einen neuen Haupt- und Namenssponsor gefunden. Es handelt sich dabei um die Fitnesskette FIT/One. Die Mainfränkischen Korbjäger werden ab der neuen Saison als „FIT/One Würzburg Baskets“ an den Start gehen. Der Vertrag mit dem neuen Sponsor ist zunächst auf zwei Jahre datiert. Mit den zusätzlichen Einnahmen, so glaubt Geschäftsführer Liebler, sei man beim Etat nun im Mittelfeld der Liga angekommen. Man wolle aber auf dem Boden bleiben, weshalb in der neuen Saison erst einmal der Klassenerhalt vorrangiges Ziel sei. Erst wenn der geschafft sei, könnten die Play-offs wieder ein Thema werden. *ptt*

▶ Bericht Sport

Kundenforum Tauberbischofsheim
Schmiederstraße 19
97941 Tauberbischofsheim

Kundenservice
09341 – 83 0

E-Mail
Abonnement/Zustellung: kundenservice@fnweb.de
Anzeigenabteilung: fn.anzeigen@fnweb.de
Redaktion: red.tbb@fnweb.de

FN-Reisen
09341 – 83 222
tbb@fn-reisen.com

4 0128
190291 703004